

Einwendungen gegen Kohlekraftwerk als demokratisches Mittel

Umweltministerin Margit Conrad erinnert Mainzer Bürger an demokratische Pflicht und ruft zu Einwendungen gegen geplantes Kohlekraftwerk in Mainz auf

Mainz, 17.01.2008. Die rheinlandpfälzische Umweltministerin Margit Conrad erinnerte die Mainzer Bürger in der gestrigen Sendung „Reiss & Leute“ des Südwestrundfunks an ihre demokratischen Mittel und rief dazu auf, Einwendungen gegen das geplante Mainzer Kohlekraftwerk einzureichen. Sie formierte sich inhaltlich in der Diskussionssendung neben Oberbürgermeister Jens Beutel und KMW-Vorstand Ralf Schodlok zwar gegen die Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz e.V. (KoMa), die ihrerseits fundierte wissenschaftliche Unterstützung vom Energieexperten Prof. Leprich, sowie Dr. Schwarz, Initiator der Initiative von 200 Mainzer Ärzten gegen das Kohlekraftwerk erhielt, befürwortete aber ausdrücklich das Mittel der Einwendungserklärung.

Jedem Bürger steht es frei, bis zum 15. Februar eine schriftliche Einwendung gegen den Bau des Kohlekraftwerkes im Rahmen des Genehmigungsverfahrens bei der zuständigen Genehmigungsbehörde, der SGD Süd, einzureichen. KoMa hat bereits Mustervorlagen für solche Einwendungen erstellt. Je nach Argumentationsschwerpunkt gegen das geplante Kohlekraftwerk der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW) in Mainz können verschiedene Einwendungen im Internet unter **www.einspruch-kohlekraftwerk.de** heruntergeladen und ausgedruckt werden. Sogar individuelle Textbausteine lassen die Einwendung mühelos an die eigenen Argumentationsschwerpunkte anpassen.

Inhaltlich nicht sauber recherchiert präsentierte Margit Conrad ansonsten einige Zahlenspielerien rund um das Kohlekraftwerk Mainz. Ihre Behauptung beispielsweise, der Brennstoffnutzungsgrad des Kohlekraftwerkes werde durch Wärmeauskopplung auf über 60% gesteigert ist schlichtweg falsch: „Das Kraftwerk soll einen elektrischen Wirkungsgrad von 46% haben. Bezieht man die Werte der Fernwärmenutzung des existierenden Gaskraftwerks aus dem KMW-eigenen Geschäftsbericht von 2006 in die Rechnung mit ein und passt die Werte an die veränderten Bedingungen beim Bau eines Kohlekraftwerkes an (Erhöhung der Fernwärmeauskopplung auf 210 MW) an, ergibt dies eine Erhöhung des Brennstoffnutzungsgrades von ca. 5,4% durch Fernwärme“, erklärt KoMa-Mitglied Christoph Wirrges. Somit sind die von Ministerin Conrad propagierten 60% Brennstoffnutzungsgrad illusionär. Lediglich ein Nutzungsgrad von ca. 51,4% ist bei dem geplanten Kohlekraftwerk realistisch. „Wir haben die KMW aufgefordert, uns Fehler in unseren Berechnungen aufzuzeigen“, berichtet Wirrges. „Doch es kommt keine Antwort. Wieso ist klar: Der von der KMW angegebene Brennstoffnutzungsgrad von 60% wird bei weitem verfehlt, aber bis heute schenkt die KMW den verantwortlichen Politikern keinen reinen Wein ein. Dass die Hälfte der eingesetzten Energie völlig nutzlos in den Rhein und Kühlturm gehen werden ist eben ein Skandal – und das weiß die KMW genau.“

Auch Oberbürgermeister Jens Beutel fiel durch die Verwendung veralteter Zahlen und sachliche Unkenntnis auf: Sein zum wiederholten mal vorgebrachte Behauptung 1200 Windräder oder 80.000 Fußballfelder mit Solaranlagen seien notwendig um den Mainzer Strombedarf zu decken entbehrt jeglicher Grundlage. „Damit zeigt der Oberbürgermeister, dass er was den Stand der erneuerbaren Energien angeht, leider nicht gut informiert ist“, kritisiert Wirrges. „In beiden Fällen hat er sich gleich um Dimensionen vertan – womöglich mit Absicht um Alternativen unmöglich erscheinen zu lassen? Davon abgesehen wäre es noch dazu völliger Unsinn, eine Stadt wie Mainz alleine mit Wind-oder Solarenergie versorgen zu wollen. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in einem Mix aus vielen verschiedenen Arten der erneuerbaren Energien – übergangsweise z.B. in Kombination mit einem hocheffizienten Gaskraftwerk wie es schon auf der Ingelheimer Aue liegt. „In der Unkenntnis über die wahren Potenziale der erneuerbaren Energien, die der Oberbürgermeister mal wieder an den Tag legte, sehen wir den Grund, wieso sich die Stadtspitze so sehr auf eine veraltete, klimaschädliche Technologie festgelegt hat.“

KoMa appelliert daher an die Mündigkeit der Mainzer Bürger, sich gegen den geplanten Bau des Kohlekraftwerkes mittels Einwendung in Mainz zu wehren und sich nicht durch die Bekanntgabe falscher Zahlen sowie Unkenntnis ihrer politischen Vertreter verwirren zu lassen.